

# UNGUNST DES AUGENBLICKS

## DAS »MPI ZUR ERFORSCHUNG DER LEBENS- BEDINGUNGEN DER WISSENSCHAFTLICH- TECHNISCHEN WELT« IN STARNBERG

≡ Ariane Leendertz

Nichts Geringeres als die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt sollten zwischen 1970 und 1980 in Starnberg untersucht werden. Eigens für Carl Friedrich von Weizsäcker hatte die Max-Planck-Gesellschaft hier ein Institut geschaffen, in dem dieser sich nicht allein mit Quantenphysik und Philosophie, sondern auch mit Schicksalsfragen der Menschheit befassen wollte: mit dem prekären Gleichgewicht der Abschreckung im Kalten Krieg, in dem die nukleare Apokalypse nur einen Wimpernschlag entfernt schien; mit den ökologischen und sozialen Folgen von Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum und einer zunehmenden globalen Verflechtung, insbesondere in den Entwicklungsländern; mit der ambivalenten Rolle der Wissenschaft als Motor technologischen Fortschritts, der zugleich potenziell tödliche oder ethisch nicht hinnehmbare Gefahren barg.

Viele der Themen gewannen in den 1980er Jahren an Gewicht in öffentlicher Wahrnehmung und politischer Debatte und blieben über die weiteren Jahrzehnte aktuell, wie beispielsweise die früh erkannten Effekte der Globalisierung, Umwelt, Ökologie, Frieden, Wettrüsten, Atomkrieg, Dritte Welt, Welthunger – all dies sind Starnberger Themen, die weithin mit den 1980er Jahren assoziiert werden. Allerdings war das Institut zu diesem Zeitpunkt bereits Geschichte. Auf den ersten Blick erscheint seine Schließung deshalb paradox, denn nach von Weizäckers Vorstellung sollte das Institut eben gerade Themen von unmittelbarer gesellschaftlicher und politischer Relevanz aufgreifen, zugleich das Bewusstsein der Öffentlichkeit schärfen und als Mahner an die Politiker appellieren. Doch schon 1980 verlor es mit seinem Gründungsdirektor – von Weizsäcker wurde in diesem Jahr emeritiert – seinen programmatischen Namen und sollte nurmehr als Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften weiterarbeiten. Die Leitung lag nun in den Händen von Jürgen Habermas, den von Weizsäcker 1971 als zweiten Direktor nach Bayern gelotst hatte. Die Arbeiten von Weizäckers und seiner Mitarbeiter wurden größtenteils eingestellt; das neue Forschungsprogramm orientierte sich an den wissenschaftlichen Interessen von Habermas. Umsetzen ließ sich

der Neustart jedoch nicht. 1981 trat Habermas zurück. Die Max-Planck-Gesellschaft schloss das Institut, wollte sich indes nicht aus den Sozialwissenschaften zurückziehen und gründete 1984 ein neues Institut. Die alten Themen hatten dort entweder keinen Platz mehr oder wurden in ein vollkommen neues Gewand gehüllt, mit einer ganz anderen Forschungsperspektive. Mit dem alten hatte das neue, in Köln angesiedelte Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, geleitet von Renate Mayntz und Fritz Scharpf, wenig gemein. Mehr noch: Es verkörperte eine bewusste Abgrenzung gegenüber dem Starnberger Experiment. Als solches hatte die MPG das Weizsäcker-Institut bei seiner Gründung betrachtet.

Warum die Arbeiten von Weizäckers nach 1980 weder in Starnberg noch in Köln weiterverfolgt werden sollten, lässt sich offensichtlich mit den unterschiedlichen Forschungsinteressen der beteiligten Wissenschaftler erklären. Das MPG-Leitbild des sogenannten Harnack-Prinzips, nach dem die Interessen der Direktoren für das Forschungsdesign eines Instituts maßgeblich sind, behielt in Starnberg wie in Köln seine Gültigkeit. Auch deshalb waren diese beiden sozialwissenschaftlichen Max-Planck-Institute und ihre Forschungsprogramme derart unterschiedlich konzipiert. Doch warum rückte die Max-Planck-Gesellschaft von von Weizäckers Themen ab? Warum entschied sich die MPG 1984 für eine Direktorin, die ein gänzlich anderes Forschungsprogramm verkörperte, als 1968 einmal projektiert gewesen war? Welche Art von Sozialwissenschaften war die MPG bereit zu fördern?

#### DIE »SCHLISSUNG« DES WEIZÄCKER-BEREICHES

Verfolgen wir das Schicksal der Weizäcker'schen Themen zunächst in den Entscheidungsprozessen der Max-Planck-Gesellschaft. Von 1977 an befasste sich eine Kommission aus MPG-internen und externen Wissenschaftlern mit der zukünftigen Struktur des Instituts nach von Weizäckers Emeritierung. Das Institut hatte zu dieser Zeit zwei Arbeitsbereiche mit jeweils vier Themenkomplexen, die von unterschiedlichen Wissenschaftlergruppen bearbeitet wurden. Unter Habermas' Ägide waren dies Krisenpotenziale spätkapitalistischer Gesellschaften, Krisenbehandlung durch den Staat, Protest- und Rückzugspotenziale von Jugendlichen sowie Ontogenese von Moralbewusstsein. Zur Disposition standen ab 1977 die Arbeitsgruppen und Themen des Weizäcker-Bereiches, die einst bei der Gründung den Kern gebildet hatten: Kriegsverhütung und Strategie, Ökonomie (Umwelt, Wachstum, Entwicklungsländer), Wissenschaftsforschung und Quantentheorie. Vor allem erstere waren auch die Themen, mit denen das Institut in Medien und Öffentlichkeit assoziiert wurde, wo es stets als das »Weizäcker-Institut« galt, das sich mit

1 Die bekanntesten Veröffentlichungen dieser Gruppen waren Carl Friedrich von Weizsäcker (Hg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, München 1971 und die Arbeit zur damals noch nicht so genannten Globalisierung von Folker Fröbel u. a., *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek bei Hamburg, 1977.

2 C.F. von Weizsäcker, *Erwägungen über die Zukunft des Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*, o.D., MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Geisteswissenschaftliche Sektion: Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 2.

3 Die Mitarbeiter dieser Gruppe wurden durch ihre Theorie der »Finalisierung der Wissenschaft« bekannt. Gernot Böhme u. a., *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts*, Frankfurt a. M. 1978.

4 J. Habermas, *Überlegungen zur Ergänzung des Arbeitsbereichs II*, o. D., MPG-Archiv, III. Abt., NL von Weizsäcker, ZA 182/81.

5 Hierzu und zum Folgenden mit genauen Quellenangaben Ariane Leendertz, *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften*, Göttingen 2010, S. 26–33.

6 Vielleicht handelt es sich hierbei ebenfalls um ein »Fertilitätsprinzip« der MPG, wie es Horst Kant und Jürgen Renn genannt haben. Danach begünstigen personelle Netzwerke die Gründung von neuen Instituten aus bestehenden. Siehe Horst Kant u. Jürgen Renn, *Eine >*

Friedens- und der kurzzeitig populären Zukunftsforschung beschäftigte. Von der Kommission nach seinen Vorstellungen befragt, wünschte sich von Weizsäcker nach seinem Ausscheiden eine Fortsetzung der Studien zur Kriegsverhütung/Strategie sowie zur Ökonomie.<sup>1</sup> Für diese Bereiche sollte man nach einem Nachfolger suchen; die Wissenschaftsforschung und Quantentheorie hingegen empfahl er aufzugeben (die Quantentheorie fiel dann für alle Beteiligten rasch weg).<sup>2</sup> Habermas sah es fast genau umgekehrt, zeigte wenig Interesse an einer Fortsetzung der Strategie- und ökonomischen Forschung, verwies dafür auf Berührungspunkte mit der Wissenschaftsforschung,<sup>3</sup> vor allem aber auf zwei mögliche Ergänzungen für die Forschungen seines Arbeitsbereiches: entweder in der Sozialisationsforschung oder einer vergleichenden Analyse der Entwicklung von Gesellschaftssystemen.<sup>4</sup>

Neun auswärtige Gutachter schienen dann zu bestätigen, was zuvor auch schon der wissenschaftliche Beirat des Instituts bemängelt hatte: ein zu breites Forschungsprogramm, gleichwohl mit immens wichtigen Themen, aber mit zu geringen Schnittmengen zwischen den beiden Arbeitsbereichen, von der Wissenschaftsforschung einmal abgesehen. Eine Auflösung des Weizsäcker-Bereiches zeichnete sich da schon ab. Wenn keine enge Verflechtung bestand, dann machte das einen Umbau leichter: Der Habermas-Bereich war autark, würde also beim Wegfall keinen Schaden nehmen, vielmehr würde ihm die Wahl neuer Themen und Köpfe neue Möglichkeiten bieten. In der Max-Planck-Gesellschaft wurde Jürgen Habermas als der Kern des Instituts wahrgenommen und die Zukunftsüberlegungen kreisten um die Frage nach sinnvollen Erweiterungsmöglichkeiten. Noch dazu herrschten in der Kommission Zweifel an der Qualität von Forschungen und Mitarbeitern in Teilen des Weizsäcker-Bereiches, namentlich in der Ökonomie- und der Strategieforschung.<sup>5</sup> Das bestätigte ebenfalls ein im Frühjahr 1978 eigens hinzugezogener prominenter Gutachter, Ralf Dahrendorf. Die Fortsetzung der Strategieforschung hielt dieser für problematisch, den ökonomischen Arbeiten fehlte es in seinen Augen an international respektablem Niveau. Weiterhin gutachteten Renate Mayntz und Paul Baltes, die sich für unterschiedliche Erweiterungen des Habermas-Bereiches aussprachen. Zufall oder nicht: Mayntz und Baltes sollten bald darauf selbst zu Max-Planck-Direktoren berufen werden (Baltes 1980 an das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Mayntz 1984 als Kölner Gründungsdirektorin). Ralf Dahrendorf wurde nur wenige Monate nach seiner gutachterlichen Stellungnahme als Nachfolger von Weizsäckers gehandelt.<sup>6</sup> Einig waren sich Habermas und Dahrendorf, die Arbeiten zur Ökonomie zu beenden und mithin diese Mitarbeiter nicht zu übernehmen. Eine Angliederung der Mitarbeiter der

Strategie- und der Wissenschaftsforschung an die neuen Arbeitsbereiche hielt Habermas für möglich.

Die endgültige Entscheidung lag jedoch bei der Kommission, die eine Empfehlung für die nächsthöhere Entscheidungsinstanz, die Geisteswissenschaftliche Sektion der MPG, zu formulieren hatte. Die Forschungen des Arbeitsbereiches von Weizsäckers sollten nicht fortgesetzt, dessen Themen mithin aufgegeben, der Arbeitsbereich aufgelöst und das Institut nach den Wünschen von Habermas und Dahrendorf zum Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften umgebaut werden. Am knappen Abstimmungsergebnis der Sektion lässt sich ablesen, dass dieser die Entscheidung nicht leicht fiel.<sup>7</sup> Mit nur drei Stimmen Mehrheit votierte die Sektion für das Ende der Weizsäcker-Arbeiten (mit Ausnahme der Wissenschaftsforschung, für die sich Habermas immer wieder beim MPG-Präsidenten Reimar Lüst eingesetzt hatte). Als dann die betroffenen Mitarbeiter mit Hilfe der Medien und politischer Mitglieder des MPG-Senats gegen die Auflösung mobilisierten, begann die MPG-Spitze um Präsident Lüst, unmissverständlich von einer »Schließung« des Weizsäcker-Bereiches zu sprechen – dieses Wort hatte man angesichts der öffentlich-medialen Aufmerksamkeit, unter der das Institut seit seiner Gründung stand, bis dahin vermieden. Als dann Dahrendorf nach einem Jahr des Planens und Verhandels im Mai 1979 den Ruf der MPG ablehnte und in London blieb, stießen wenige Senatsmitglieder und Mitarbeiter eine erneute Debatte über die Auflösung an, fanden im Senat aber letztlich kein Gehör. Es blieb bei dem Plan, den Habermas-Bereich zu ergänzen, dann eben ohne Dahrendorf.

#### FÄLLT DIE PERSON, SO DAS PROGRAMM

In die Entscheidung, die Weizsäcker'schen Arbeiten zu beenden, flossen somit ganz unterschiedliche Überlegungen ein: Das Harnack-Prinzip versprach die Ausrichtung eines Instituts an den Vorstellungen seines Direktors oder seiner Direktoren; das Verständnis von Kollegialität unter den in Kommission und Sektion versammelten Direktoren unterschiedlicher Institute verbot, Strukturentscheidungen gegen den Willen des verbleibenden Leiters zu treffen. Fanden sich für existierende Forschungsbereiche keine überzeugenden Leitungskandidaten – und so war es in den Augen der Kommission –, standen diese zur Disposition. Dies war umso wertvoller, als die finanziellen Spielräume der MPG von Mitte der 1970er Jahre an wesentlich enger wurden. Neugründungen oder Erweiterungen konnten nicht mehr, wie zuvor, aus den jährlichen Etatzuwächsen bezahlt werden. Stattdessen waren durch Instituts-schließungen oder Umstrukturierungen die notwendigen Finanzmittel und

utopische Episode – Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der MPG, in: Klaus Hentschel u. Dieter Hoffmann (Hg.), Carl Friedrich von Weizsäcker – Physik, Philosophie, Friedensforschung, Stuttgart (i. E.). In ähnlicher Weise könnte eine Gutachter- und Kommissionstätigkeit für die MPG die Berufung zu Institutsdirektoren begünstigen. Mit Franz Weinert wurde 1980 sogar ein Mitglied der Starnberger MPG-Kommission nach Starnberg berufen.

<sup>7</sup> Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG am 31. Okt. 1978, MPG-Archiv, Niederschriften der Geisteswissenschaftlichen Sektion.

Wissenschaftlerstellen intern freizusetzen. Wurden Arbeitsbereiche weitergeführt, mussten ihre Mitarbeiter übernommen werden. Das war im Institut ein heikles Thema, denn Habermas hatte von von Weizsäcker 1975 nachdrücklich eine andere Personalpolitik gefordert, da ihm die fachliche Kompetenz einiger Mitarbeiter fragwürdig erschien, die Arbeiten sehr heterogen waren und das Diskussionsniveau in seinen Augen unter mangelnder akademischer Disziplin litt.<sup>8</sup> Im Bereich der Ökonomie hatte das Institut selbst eine Schwäche gesehen und auf Weizsäckers Betreiben die Berufung eines Ökonomen als drittem Direktor beantragt; dem war die MPG jedoch nicht gefolgt. Als vier Weizsäcker-Mitarbeiter sich schließlich 1981 im neuen Institut einklagen wollten, trat Habermas entnervt und frustriert nach noch weiteren Rückschlägen zurück. Letztlich konnten sich die Forschungen zu den ökonomischen Themen in der MPG wissenschaftlich nicht legitimieren. Ein ähnliches Problem hatten die Studien zur Kriegsverhütung im Umfeld der Friedensforschung, die MPG-Präsident Lüst öffentlich als »Mittelmaß« kritisierte.<sup>9</sup>

Das öffentlich geäußerte Bedauern von Weizäckers über das Ende seiner Themen blieb in der MPG nicht ohne Echo. Immer wieder wurde betont, dass es doch wünschenswert sei, diese nicht aufzugeben. Doch außer Dahrendorf, der zumindest die Strategieforschung in seine Studien zur internationalen Politik hätte integrieren können, standen nie ernsthafte Kandidaten für von Weizäckers Nachfolge zur Debatte (ohne Quantentheorie). Von Weizsäcker blieb die integrierende Persönlichkeit, die als unersetzbar galt – Programm und Person waren eins: Fiel die Person, fiel das Programm. Betrachten wir den gesellschaftlich-politischen Kontext, in dem die MPG ihre Entscheidungen traf, so hatte sich Ende der 1970er Jahre doch vieles grundlegend verändert. Das Weizsäcker'sche Programm atmete noch den Geist einer anderen Zeit, die Horst Kant und Jürgen Renn als »utopische Episode« der MPG charakterisiert haben, geprägt von zwei exzeptionellen Neugründungen: des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (1960–1963) und des Starnberger Instituts (1967–1969).<sup>10</sup>

## RÜCKZUG AUS DER UTOPIE

In beiden Gründungen manifestierte sich die Bereitschaft der MPG, wissenschaftliche Forschung auf aktuelle gesellschaftspolitische Fragen auszurichten, die Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit zu tragen und sich damit zugleich in beratender Rolle an die Politik zu wenden, um Anstöße für gesellschaftliche Veränderungen zu geben. Im Mittelpunkt dieses Unterfangens standen mit dem Reformpädagogen Hellmut Becker und Carl Friedrich von Weizsäcker zwei miteinander befreundete Charismatiker, auf deren Person

8 Habermas an von Weizsäcker, 16.09.1975, MPG-Archiv, NL von Weizsäcker, ZA 54/239.

9 »Auf die Qualität kommt es an.« Warum das Starnberger Institut nicht weitergeführt wird. Ein Gespräch mit Reimar Lüst, in: Die Zeit, 09.05.1980.

10 Kant u. Renn, Eine utopische Episode (i. E.).

die neuen Institute passgerecht zugeschnitten waren. Beide Gründungen, zu denen sich die Studienkollegen mit Hilfe ihrer mächtigen Netzwerke gegenseitig verhalfen,<sup>11</sup> waren von der Überzeugung getragen, die Politik – sei es die Bildungs- und Forschungspolitik, die Verteidigungs- oder Umweltpolitik – durch direkten Zugang zu den neuesten Ergebnissen der Forschung und durch informierte Beratung beeinflussen zu können. Gleichzeitig sollte die Öffentlichkeit über die wichtigsten Entwicklungen in der wissenschaftlichen Forschung informiert sein, um jenes kritische Bewusstsein auszubilden, das eine wirkliche Partizipation am politischen Geschehen erst ermöglichte. Die Wissenschaft hatte für die Gesellschaft zu arbeiten, musste sich aber zugleich auch kritisch selbst reflektieren. Diese reflexive Komponente institutionalisierte von Weizsäcker damals in der Wissenschaftsforschung.

Die Geburt aus der Idee der Politikberatung, getragen von der Idee einer Verwissenschaftlichung der Politik, lässt sich für das Starnberger Institut detailliert zurückverfolgen.<sup>12</sup> Seine Beratungsambitionen musste von Weizsäcker allerdings nach Kritik aus MPG-Zirkeln rasch zurückschrauben. Hier war das Unbehagen trotz namhafter Unterstützer wie Werner Heisenberg und Adolf Butenandt doch zu groß, erstens eine viel auf ihre Unabhängigkeit haltende Institution der Grundlagenforschung in allzu große Nähe zum aktiven Beratungsgeschäft zu rücken, vor allem aber zweitens möglicherweise links gerichteten Dilettanten mit Hilfe des Gütesiegels MPG tatsächlich politischen Einfluss zu verschaffen.<sup>13</sup> Es gab somit institutionelle Widerstände gegen das Institut, teils entlang der politischen Konfliktlinien, die in den 1970er Jahren das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik prägten. Gegen die politisch meist links stehenden, reformorientierten Kreise sammelte sich eine konservative Gegenbewegung. Beide Seiten pflegten ihre Feindbilder und sparten nicht an militanter, ins Persönliche gehender Polemik. Mittendrin in diesen Kämpfen stand das Starnberger Institut mit von Weizsäcker, der in bürgerlich-liberaler Grandeur zumeist über den politischen Gräben schwebte, und mit dem zwischen allen linken und rechten Stühlen sitzenden Habermas, der sich nach anfänglichen Bedenken doch rasch Respekt in der MPG verschaffen konnte. Die tat ja seit 1977 ihr Möglichstes, um ihn zu halten.

Man kann nun einerseits hypothetisieren, dass die konservativen Tendenzen in der Politik, die Helmut Kohl 1982/83 an die Macht trugen, mit mächtigem Gegenwind gegen bestimmte Themen und Disziplinen wie jene der Friedensforschung, gegen Sozialwissenschaftler, die sich als »kritisch« verstanden, oder gegen eine marxistisch grundierte Theoriebildung einhergingen. Andererseits jedoch gewann die Anti-AKW-Bewegung seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr an Bedeutung; der Störfall von Harrisburg offenbarte die

**11** Vgl. ebd.; Jan-Martin Wiarda, Der Strippenzieher, in: Die Zeit, 16.05.2013.

**12** Ariane Leendertz, Ein gescheitertes Experiment. Carl-Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft, in: Hentschel u. Hoffmann (Hg.), Carl-Friedrich von Weizsäcker (i. E.); Wilfried Rudloff, Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin u. Thomas Horstmann (Hg.), Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, S. 216–257, hier S. 233 f.

**13** Siehe hierzu die eigens zu Protokoll gegebenen Einwände von Carl Wurster und Karl Winnacker, aufgeschlüsselt in Leendertz, Ein gescheitertes Experiment (i. E.).

Risiken einer nicht beherrschbaren Technologie. Die Friedensbewegung erhielt neuen Aufwind in den Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluss, die zweite Ölpreiskrise bekräftigte die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Ressourcen und die Grünen wurden zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft, die 1983 in den Bundestag einzog. Gesellschaftliche Entwicklungen bestätigten also die öffentliche Relevanz der Starnberger Themen. Doch aus diesem politisierten und politisierbaren Terrain wollte die MPG sich bewusst zurückziehen. Dabei mag erstens die Legitimation der Wissenschaftsorganisation gegenüber ihren Geldgebern aus Bund und Ländern eine Rolle gespielt haben. In ihrer politischen Lobbyarbeit setzte die MPG ungefähr seit Mitte der 1970er Jahre einen stärkeren Akzent auf die Grundlagenforschung,<sup>14</sup> was sich auch gegen eine sich in der Politik verbreitende Forderung richtete, die Forschung habe ihren unmittelbaren *wirtschaftlichen* Nutzen nachzuweisen, wollte sie weiterhin in den Genuss großzügiger Fördermittel kommen.<sup>15</sup> Die politische Relevanz von Forschungsthemen zu betonen, bedeutete letztlich eine Einengung der Themenwahl (je nach politischem Wind). Sie bildete ein Einfallstor für politische Begehrlichkeiten und Einflussnahme und ließ sich mit der neuen Offensive für die Grundlagenforschung schlecht vereinen. Betonte die MPG die Grundlagenforschung, war es leichter, nach »rein« wissenschaftlichen Kriterien zu diskutieren. Und das half, die Autonomie der wissenschaftlichen Selbstverwaltung der MPG zu sichern.

Zweitens kann man diesen Rückzug gleichwohl auch als Ergebnis durchaus schmerzvoller Erfahrungen und Lernprozesse interpretieren, welche die MPG in den zehn Jahren mit dem Starnberger Institut durchlief. Da war nämlich eben auch die mediale Aufmerksamkeit, die das Institut sogar schon vor seiner Gründung auf sich gezogen hatte, befördert natürlich durch die öffentlichkeitswirksame Programmatik von Weizsäckers. Die Presseabteilung der MPG, erst 1971 eingerichtet, musste überhaupt erst lernen, mit dem immer wieder aufflammenden Medienhype, mit Anfragen und Angriffen umzugehen. Umso komplizierter wurde es, als die mögliche Berufung Dahrendorfs 1978 an den *Spiegel* durchgestochen worden war, noch bevor die Kommission davon erfuhr. Seitdem erschienen fast wöchentlich Artikel, die den Entscheidungsprozess der MPG sezierten, über politische Motive der Beteiligten spekulierten, Gerüchte lancierten und vor allem an Bewertungen nicht sparten. Die MPG stand im Licht einer medialen Öffentlichkeit, in der alle ihre Beschlüsse über die Zukunft des Instituts zu politischen Entscheidungen stilisiert wurden – eine herbe Erfahrung für eine Organisation, zu deren Selbstbild die Berufung auf strengste Wissenschaftlichkeit gehörte.

14 Siehe u. a. die Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Reimar Lüst in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg am 20.06.1975, in: Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1975, München 1975, S. 9–18.

15 Vgl. Helmuth Trischler, Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor. Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland, in: Peter Weingart u. Niels C. Teubert (Hg.), Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 256–267, S. 251.



Das Ende der Reformeuphorie in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, das sich bereits Anfang der 1970er Jahre abzeichnete, dürfte auch der MPG ihren kurzzeitigen »utopischen« Schwung genommen haben. Ihre zwei Reforminstitute in Berlin und Starnberg wurden Ende der 1970er Jahre zeitgleich umgebaut. Wie von Weizsäcker ging auch Hellmut Becker 1981 in Pension, ebenso wurde im Berliner Institut unter anderem mit der Berufung des empirisch arbeitenden Psychologen Paul Baltes 1980 ein Neuanfang initiiert, wie er in Starnberg eigentlich auch mit Habermas hätte gelingen sollen. In beiden Fällen kündigte sich eine »pragmatische Wende« der MPG an, die diese mit der Kölner Neugründung vollendete. Zwei Aspekte stechen hierbei besonders heraus: eine dezidierte Betonung »empirischer« Forschung und eine grundlegende Neujustierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik.

#### AUF DEM WEG ZUR KÖLNER HARTEN EMPIRIE

Der Wunsch nach mehr »empirischer« Forschung – wobei nicht genau spezifiziert wurde, was darunter konkret zu verstehen sei – wurde bereits in den Verhandlungen über die Zukunft des Starnberger Instituts artikuliert. Erst die Gegenbegriffe, denen die »Empirie« gegenübergestellt wurde, lassen die Beweggründe erkennen, die sich mit diesem Wunsch verknüpften. Denn dieser richtete sich gegen zweierlei: gegen »Spekulation« und gegen ein Übermaß an »Theorie«. Für die MPG-Kommission war ein Mangel an empirischer Forschung 1978 einer der Hauptkritikpunkte am Habermas-Dahrendorf-Modell. Dieser Mangel widerspreche der internationalen Entwicklung, man könne kein »Institut für sozialwissenschaftliche Spekulation« fördern, denn die Universitäten würden es mit Befremden aufnehmen, wenn die MPG ein sozialwissenschaftliches Institut mit zwei hervorragenden Denkern gründen würde, ohne, wie in ihren naturwissenschaftlichen Instituten auch, auf die »Forschung im engeren Sinne« entsprechendes Gewicht zu legen.<sup>16</sup> Das Leitbild wissenschaftlicher Forschung im eigentlichen Sinne bildeten damit die experimentellen, laborgestützten Methoden der Naturwissenschaften. Die Kritik richtete sich gegen ein geisteswissenschaftliches Verständnis von Sozialwissenschaft. Dass *geisteswissenschaftliche* Forschung keineswegs empiriefrei operierte, sondern ein gänzlich anderes Verständnis empirischen Arbeitens pflegte, ist damals nicht angesprochen worden. *Sozialwissenschaft* »im engeren Sinne«, so dürfen wir vermuten, versprach aufgrund objektiver empirischer Methoden »valide« Daten und Ergebnisse und damit ein gleiches Maß an Genauigkeit und »Wahrheit« wie die vermeintlich »wertfreien«, »exakten« Naturwissenschaften. Eine vornehmlich theoretisch ausgerichtete, geisteswissenschaftlich grundierte Sozialwissenschaft dagegen drohte sich

16 Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung der Kommission »Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt« am 28.06.1978, S. 3, MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Geisteswissenschaftliche Sektion: Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 2.



in »Spekulationen« zu ergehen, wie schon bei der Gründung des Starnberger Instituts moniert worden war.

Dieses Selbstverständnis war keinesfalls allein in der MPG verbreitet, sondern dasselbe Muster findet sich in zeitgenössischen Klagen namhafter Soziologen über ein verbreitetes »Empirie-Defizit«. Es sei noch nicht gelungen, die Soziologie als eine empirische Wissenschaft zur systematischen Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Prozesse angemessen zu institutionalisieren, so der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie M. Rainer Lepsius 1974.<sup>17</sup> Die Soziologie stelle sich als eine weitgehend »spekulative Wissenschaft« dar, die nur sehr begrenzt fähig sei, ihre Konzepte und Erkenntnisse so auf gesellschaftliche Realität zu beziehen, dass diese empirischen Untersuchungen zugänglich würden und hierdurch Grundlagen für gesellschaftliches Handeln geliefert werden könnten, sekundierte der spätere DGS-Vorsitzende Burkhard Lutz.<sup>18</sup> Gesellschaftliches oder politisches Handeln brauchte somit eine harte empirische Grundlage, keine theoretische. Mehr noch: Die bisherigen Theorien und Konzepte erlaubten möglicherweise gar keinen adäquaten Zugang zur Realität und somit auch keine effektive Gesellschaftspolitik.

Harte empirische Forschung, das war dann auch die unterschwellige Parole, die die Überlegungen über die Gründung des Kölner Instituts in den Jahren 1983/84 prägte. Gleichzeitig verkörperte das neue Institut ein anderes Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik als jene utopisch-idealistische Vorstellung, die noch in den 1960er Jahren die Gründung der Institute in Berlin und Starnberg angetrieben hatte. Die Verwissenschaftlichung der Politik hatte sich in der politischen Praxis als ein ungemein schwieriges und für viele der Beteiligten zugleich frustrierendes Unterfangen dargestellt. Außerdem hatte die Autorität wissenschaftlicher Experten in der Öffentlichkeit gelitten, etwa weil sich Prognosen als falsch erwiesen hatten und nunmehr alle am politischen Prozess Beteiligten ihre eigenen Experten mobilisierten, um ihre politischen Pläne zu legitimieren. Wissenschaftliches Wissen erschien damit als manipulierbar, wissenschaftlichen Aufklärungs- und Wahrheitsversprechen war mit Skepsis zu begegnen.

Renate Mayntz hatte zwischen 1966 und 1975 zur westdeutschen Beratungselite aus der Policy-Forschung gehört, in der sich seit Beginn der 1970er Jahre rasch Ernüchterung und Skepsis gegenüber den Möglichkeiten verbreiteten, die Politik zugänglich für wissenschaftlich fundierte Empfehlungen zu machen und diese darüber hinaus erfolgreich umzusetzen. Die Untersuchung von »Vollzugsdefiziten« politischer Reformprogramme führte Mayntz gegen Ende der 1970er Jahre zu der Erkenntnis, dass die Ursachen hierfür nicht allein im Implementationsprozess zu suchen waren. Vielmehr

<sup>17</sup> M. Rainer Lepsius, Ansprache zur Eröffnung des 17. Soziologentages, in: Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages, hg. v. ders., Stuttgart 1976, S. 1–13.

<sup>18</sup> Burkhard Lutz, Zur Lage der soziologischen Forschung, in: Zwischenbilanz der Soziologie, S. 418–425, hier S. 419.

schien das Wissen über die Beschaffenheit der zu regelnden Problemfelder bei genauerem Hinsehen ausgesprochen dürftig, wenn etwa Sozialwissenschaft (und Politik) von simplen Kausalbeziehungen ausgingen, wo sie es in Wirklichkeit mit komplexen, dynamischen Prozessen zu tun hatten, für die sich damit auch keine einfachen Handlungsrezepte formulieren ließen.<sup>19</sup>

Wie viele andere Soziologen war auch Mayntz zu Beginn der 1980er Jahre von grundlegenden Zweifeln an den bisherigen Theorien und Prämissen der Profession geplagt.<sup>20</sup> Neben einer theoretisch-methodischen Runderneuerung, wie sie bald im *cultural turn* vollzogen wurde, galt eine Intensivierung der empirischen Forschung als eine Lösung des Problems, dass das bisher verfügbare sozialwissenschaftliche Wissen nicht ausreichte, soziale Phänomene angemessen zu erklären, ja überhaupt erst zu verstehen. Wie Burkhart Lutz 1984 auf dem Soziologentag unterstrich: Eine steuernde oder präventive Beherrschung systemischer Gleichgewichtsstörungen sei nicht möglich, solange die Politik nicht auf eine hochentwickelte Kompetenz für die Analyse komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge, Strukturen und Prozesse zurückgreifen könne.<sup>21</sup> Das Kölner Programm von Renate Mayntz und auch von Fritz Scharpf war damit eigentlich gut umrissen. Die Option, statt dem MPI für Gesellschaftsforschung ein kulturwissenschaftliches Institut einzurichten, verwarf die MPG. Das theoretische Fundament eines solchen Institutes schien ihr unsicher, es würde Jahre dauern, überhaupt erst die konzeptionellen Grundlagen für empirische Forschungen zu erarbeiten – genau das hatte von Weizsäcker ja auch in Starnberg gemacht, und am Ende war es in den Augen der MPG weitgehend bei theoretischen Arbeiten geblieben. Die Risiken, die mit einem in Deutschland damals noch kaum bestellten Forschungsterrain verbunden waren – wie etwa eine lange Vorlaufphase für konkrete Untersuchungen –, wollte die MPG 1983/84 nicht eingehen, zumal Kultur- und Ethnologie sich schwer mit der gewünschten harten Empirie vereinbaren ließen. Wie die zuständige Kommission selbst vermerkte: Sie wollte ein »empirisches« Institut, dessen Forschungen zugleich bereits auf stabilen theoretischen und methodologischen Grundlagen aufbauen konnten, somit schon rasch konkrete Ergebnisse versprechen.<sup>22</sup>

## SUCHE NACH SICHERHEIT

Auf Seiten der MPG wurde also schon seit Ende der 1970er Jahre der Wunsch artikuliert, die empirische Sozialwissenschaft zu stärken; und dies bestimmte auch die Arbeit der Kommission, die die Kölner Gründung auf den Weg brachte. Der empirische Akzent diente sicher auch der Rechtfertigung der Sozialwissenschaften innerhalb des Gesamtgefüges der MPG: Diese mussten in

19 U. a. Renate Mayntz, Soziologisches Wissen und politisches Handeln, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 6 (1980) H. 3, S. 309–320.

20 Etwa dies., Über den begrenzten Nutzen methodologischer Regeln in der Sozialforschung, in: Wolfgang Bonß u. Heinz Hartmann (Hg.), Entzauberte Wissenschaft. Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung, Göttingen 1985, S. 65–76.

21 Burkhart Lutz, Zur gesellschaftlichen Entwicklung der Soziologie. Überlegungen zu zukünftigen Chancen und Problemlagen, in: Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984, hg. v. ders., Frankfurt a. M. 1985, S. 17–26, hier S. 20.

22 Zwischenbericht und erste Empfehlungen der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften«, o. D., S. 13–14, MPG-Archiv, II. Abt., Rep 1A, Geisteswissenschaftliche Sektion: Kommission Sozialwissenschaften 2.

einer mehrheitlich natur- und lebenswissenschaftlich orientierten Forschungsorganisation bestimmten Vorstellungen von Wissenschaftlichkeit entsprechen. Dass Mayntz eine naturwissenschaftliche Ausbildung genossen hatte, bevor sie sich den Sozialwissenschaften verschrieb, dürfte die Skepsis einiger Naturwissenschaftler, die an der Neugründung beteiligt waren, besänftigt haben. Mit der Förderung der empirischen Sozialwissenschaft lag die MPG weitgehend auf der Linie der DGS und auch des Wissenschaftsrates.<sup>23</sup> Auf ihre utopische Episode, in der sie offen für aufsehenerregende Experimente gewesen war, folgte in der Geisteswissenschaftlichen Sektion in den 1980er Jahren die Suche nach Sicherheit.

Empirisch sollten die Forschungen des von Mayntz entworfenen Instituts an der Mesoebene gesellschaftlicher Teilsysteme, an organisatorischen Netzwerken und an Institutionenkomplexen ansetzen, namentlich im Forschungs- und Wissenschaftssystem, im Gesundheitswesen und in der Telekommunikation. Mayntz interessierte sich für das Spannungsverhältnis zwischen eigendynamischen Prozessen und politischen Steuerungsversuchen, für die daran beteiligten Akteure und Entscheidungsprozesse, die Struktur von Regelungsfeldern und bürokratische Prozesse. Ziel war, neue Erkenntnisse über die hoch entwickelte, komplexe Gegenwartsgesellschaft zu gewinnen und damit einen Beitrag zu einer empirisch fundierten Gesellschaftstheorie zu leisten. Pragmatisch wollten Mayntz und Scharpf, der 1986 auf ihren Wunsch als zweiter Direktor nach Köln kam, dabei einen Methoden- und Theoriepluralismus pflegen, um die empirische Arbeit zu grundieren. Einem subtilen Seitenhieb Scharpfs können wir entnehmen, dass naturwissenschaftliche Empiriestandards, die den Sozialwissenschaften abgefordert wurden, gleichfalls auf ihre Lücken zu befragen waren: Denn diese bemühten etwa, kaum anders als die Sozialwissenschaften, ebenso »historische Erklärungen«, sobald sich ein Phänomen wie beispielsweise das Waldsterben »nicht im Labor isolieren« lasse.<sup>24</sup>

Abschließend wären nun noch die nicht auf den ersten Blick offensichtlichen Kontinuitäten zwischen Starnberg und Köln zu betrachten. Ähnlich wie von Weizsäcker war Mayntz davon überzeugt, dass die Sozialwissenschaften Gesellschaft und Politik vor möglichen Katastrophen zu warnen und auf potenziell gefährliche Entwicklungen hinzuweisen hatten.<sup>25</sup> Deshalb sei empirische Grundlagenforschung unabdingbar, um zu verstehen, wie die Gesellschaft funktionierte und in welchem Maße politische Steuerung möglich war. Ihre und Scharpfs Forschungen knüpften unter anderem an ihre plangungstheoretischen Arbeiten der 1970er Jahre an – ein Thema, das in Starnberg aus einer neomarxistischen Perspektive angegangen und mit dezidierter

<sup>23</sup> Empfehlungen und Stellungnahmen des Wissenschaftsrates 1981, Köln 1981.

<sup>24</sup> Fritz Scharpf, Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, in: Thomas Ellwein u. a. (Hg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft Band 2/1988, Baden-Baden 1988, S. 331–345, hier S. 335 f.

<sup>25</sup> Deutlich etwa in Renate Mayntz u. Fritz Scharpf, Policy-Making in the German Federal Bureaucracy, Amsterdam 1975.

Systemkritik verbunden worden war.<sup>26</sup> Wie in Starnberg bildeten Forschung und Wissenschaft einen wichtigen Gegenstand der Untersuchung. Hatte sich die Wissenschaftsforschung in Starnberg aber durch einen wissenschaftssoziologischen und wissenschaftsgeschichtlichen Ansatz ausgezeichnet, kombinierten die Kölner Forscher eine differenzierungs- und systemtheoretische Sichtweise mit organisationssoziologischen und steuerungstheoretischen Fragestellungen.<sup>27</sup> Während Mayntz die aktive Beratung in der Grundlagenforschung hinter sich ließ, blieb Fritz Scharpf einer der wichtigsten Berater sozialdemokratischer Führungspolitiker. Anders als Habermas und von Weizsäcker lassen sich beide jedoch vor allem als Experten charakterisieren, nicht als öffentliche Intellektuelle – nach dem für die MPG zumeist unerfreulichen Medienhype um Starnberg war dieser nur recht, wenn das Kölner Institut unauffälliger agierte. Das lange Ende des Starnberger Instituts hatte die Presse noch einmal genüsslich ausgeschlachtet.<sup>28</sup> Seine Schließung war letzten Endes alles andere als paradox. Das Institut entstand aus einer ganz besonderen wissenschaftspolitischen, gesellschaftlichen und personellen Konstellation. Es spiegelte die Utopien und Möglichkeiten der ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahre wider. In die Max-Planck-Gesellschaft der 1980er Jahre aber passte es nicht mehr hinein.

26 Vgl. Volker Ronge u. Günther Schmiegel, Politische Planung in Theorie und Praxis, München 1971; Claus Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Systems. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt a. M. 1972.

27 Beispielsweise Hans Willy Hohn u. Uwe Schimank, Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt a. M. 1990.

28 Hierzu nur exemplarisch o.V., »Davor hatte ich Angst«, in: Der Spiegel, 04.05.1981.

**Dr. Ariane Leendertz**, geb. 1976, ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Ende dieses Jahres erscheint der gemeinsam mit Wencke Meteling herausgegebene Sammelband »Die neue Wirklichkeit: Bezeichnungsvolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik seit den 1970er Jahren« im Campus-Verlag.